

Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung,
Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVII/02 SteuerA

Sitzungstermin: am Mittwoch, den 11.01.2012, 18:05 Uhr bis 19:45 Uhr

Sitzungsort: Aula der Adolf-Grimme-Schule, Langenäcker 38

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | | |
|----|------------------|--------------------------|
| 1. | Ratsherr | Hoffmeister, Christian |
| 2. | Ratsherr | Schroth, Gerald |
| 3. | Ratsvorsitzender | Steuernagel, Marc-Oliver |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | | |
|----|----------|-----------------------|
| 4. | Ratsfrau | Beckmann, Kerstin Dr. |
| 5. | Ratsherr | Bienert, Sigurd |
| 6. | Ratsherr | Dobelmann, Reinhard |
| 7. | Ratsfrau | Hunte-Grüne, Marlene |

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | | |
|----|----------|------------------|
| 8. | Ratsherr | Lux, Thomas |
| 9. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike |

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|-------------------|
| 10. | Ratsherr | Klockow, Bernhard |
|-----|----------|-------------------|

Mitglieder UWG-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|--------------------|
| 11. | Ratsherr | Neugebauer, Markus |
|-----|----------|--------------------|

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- | | | |
|-----|------|---------------------------|
| 12. | Herr | Bischoff, Claus |
| 13. | Frau | Ganther, Fenja |
| 14. | Herr | Gaum, Wilfried |
| 15. | Frau | Hippert-Glowienka, Anette |
| 16. | Herr | Rasser, Thomas |

von der Verwaltung

- | | | |
|-----|----------------------------|----------------------------|
| 17. | Verwaltungsbeamter | John, Roland |
| 18. | Erster Stadtrat | Lahmann, Marc |
| 19. | Fachdienstleiter | Müller, Stefan |
| 20. | Verwaltungsbeamter | Zeidler, Stefan |
| 21. | Gleichstellungsbeauftragte | Zeuschner-Barchmann, Heidi |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Pflichtenbelehrung von beratenden nicht stimmberechtigten Mitgliedern
3. Einwohnerfragestunde
4. Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016
XVII/0031 - Rat 21.12.2011 -
5. Gleichstellungsplan gem. § 15 NGG
Sachstandsbericht der Verwaltung
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Steuernagel eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zustimmt

1. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
2. Die Tagesordnung in der vorliegenden Form wird für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil beschlossen.

2. Pflichtenbelehrung von beratenden nicht stimmberechtigten Mitgliedern

Herr Lahmann führt ordnungsgemäß die Pflichtenbelehrung für Herrn Bischoff und Herrn Rasser durch.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Streit fragt, ob die Ganztagsbetreuung der Adolf-Grimme-Schule tatsächlich eingestellt werden solle.

Herr Lahmann betont, dass die Vorschläge zur Haushaltssicherung nur Optionen darstellen und nicht als Einsparvorschlag der Verwaltung verstanden werden dürfen oder gar als bereits beschlossen. Er weist außerdem noch darauf hin, dass das Haushaltssicherungskonzept Pflicht sei und als Nebeneffekt bietet sich die Möglichkeit, eine Entschuldungshilfe vom Land i.H.v. von rd. 12,7 Mio. EUR zu erhalten.

Im Übrigen solle die Ganztagsbetreuung nicht ganz eingestellt, sondern auf das Niveau der anderen Ganztagsschulen im Stadtgebiet gesenkt werden.

Herr Streit fragt weiter, warum für die Wilhelm-Stedler-Schule beschlossen wurde, dass diese Ganztagsschule wird und der Ganztagsbetrieb der Adolf-Grimme-Schule eingestellt werden soll. Er sieht hier nur eine Umverlagerung der Kosten.

Herr Lahmann antwortet, dass nicht die vollständige Einstellung der Ganztagsbetreuung beschrieben wurde, sondern die Reduzierung auf das Niveau der anderen Ganztagsschulen. Die Besserstellung der Adolf-Grimme-Schule laufe in 2012 ohnehin aus, so dass das Konzept überprüft werden müsste.

Herr Steuernagel hält fest, dass die Bedenken des Herrn Streit in der Politik angekommen sind.

4. Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016

Vorlage: XVII/0031

In der Einwohnerfragestunde stellt Frau Richter fest, dass das Haushaltssicherungskonzept so gut wie keinen Spielraum enthalte. Selbst wenn ein Vorschlag nicht beschlossen würde, müsste an anderer Stelle eingespart werden. Sie fragt, ob im Vorfeld Vorschläge aussortiert worden sind.

Herr Lahmann antwortet, dass tatsächlich nur ein Handlungsspielraum von rd. 100.000 EUR besteht. Sollten Einsparvorschläge nicht beschlossen werden, müssten im gleichen Umfang die Hebesätze der Realsteuern erhöht werden.

Er erklärt außerdem, warum teilweise ein Einsparpotential von 10 Mio. EUR genannt wurde. Ursprünglich seien dies alle Vorschläge gewesen, die nach Überprüfung bspw. Doppelnennungen beinhalteten. Es waren Vorschläge dabei, die an sich keine Konsolidierung darstellen und in geringem Umfang gab es auch Rechenfehler, die korrigiert worden sind, so dass nunmehr Vorschläge in der Höhe von 6,8 Mio. EUR unterbreitet wurden.

Frau Westphal ergänzt, dass der Politik nur die vorliegenden Vorschläge im Umfang von 6,8 Mio. EUR bekannt seien.

Frau Seegers-Krückeberg fragt zum Vorschlag Aufgabe des Schulstandortes Bantorf, wie die Berechnung zu verstehen sei und moniert die schlechte Beschreibung bei diesem Vorschlag.

Her Lahmann erklärt, dass es sich um wegfallende Erträge und wegfallende Aufwendungen handle, wenn der Standort aufgegeben wird. Ab dem Jahr 2013 verdoppelt sich der Wert gegenüber 2012, weil in 2012 nur das zweite Halbjahr kostentechnisch berücksichtigt wurde.

Frau Seegers-Krückeberg sagt, dass für sie kein zwingender Zusammenhang zwischen der Wohnung und der Schule gäbe.

Herr Lahmann präsentiert die Grundlagen der Haushaltssicherung.

Herr Bienert sagt, dass er Vorschläge zu den Gebührensatzungen vermisste. Er bittet darum dies dringend zu überprüfen.

Herr Lahmann sagt, dass die Straßenreinigungsgebühr 2012 fertig werde. Die Gebühr für Feuerwehreinsätze würde bei einer Anpassung dazu führen, dass die Stadt weniger Erträge erzielen würde, da lt. einem Urteil des OVG Lüneburg die Kostenumlage auf Jahresstunden zu erfolgen hat. Bei einer ersten Hochrechnung würde dadurch die Gebühr geringer ausfallen als bisher.

Frau Dr. Beckmann weist auf die Sondernutzungsgebührenordnung hin und bittet auch hier um Überprüfung. Sie erneuert ihre Kritik an der Friedhofsgebühr, die dringend überarbeitet werden müsste und weist auf ein Defizit von 134.000 EUR im Haushalt ab 2013 hin.

Herr Lahmann sagt, dass er dies an die zuständigen Fachdienste weitergeben wird. Er fügt hinzu, dass bei der Friedhofsgebühr aufgrund der Erholungsfunktion allerdings immer ein geringes Defizit bleiben wird.

Herr Müller sagt, er wolle das Hohe Defizit im Haushalt überprüfen, da er sich dies auch nicht erklären könne.

Protokollnotiz: Das Defizit der Haushaltsjahre 2013 bis 2015 beruht auf einer fehlerhaften Veranschlagung und wird über die Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2012 korrigiert werden.

Herr Klockow erkundigt sich, ob der Gebührensatz bei den Feuerwehren tatsächlich höher ist als er bei einer Neuberechnung sein würde und die Feuerwehren trotzdem massiv bezuschusst werden. Herr Lahmann bestätigt dies.

Herr Klockow fragt, ob eine Feuerwehrumlage in Niedersachsen möglich sei. Herr Lahmann lässt dies vom zuständigen Fachdienst klären.

Frau Dr. Beckmann möchte bei dem Vorschlag II-1.24 eine weitere Alternative berechnet haben. Es soll ein Vorschlag entwickelt werden, der eine Mittelvariante darstellt. Dabei soll die Öffentlichkeit weiterhin von 8 Stunden Öffnungszeiten profitieren, die Schulzeiten sollen auf die Schulen verteilt werden. Sie sagt zu, diesen Vorschlag per E-Mail zu formulieren.

Herr Dobelmann erkundigt sich nach der Methodik und möchte wissen, ob zunächst ein Zielwert errechnet wurde und anschließend Vorschläge formuliert wurden, bis dieser erreicht wurde.

Herr Lahmann und Herr Müller erklären die Methodik.

Herr Dobelmann kritisiert die Haltung der Verwaltung zu den Vorschlägen. Er findet es nicht gut, dass diese als Optionen dargestellt werden. Die Verwaltung solle hinter ihren eigenen Vorschlägen stehen.

Herr Lahmann sagt, dass der Auftrag vom Rat gewesen sei, alle möglichen Optionen ohne Tabu mit deren Folgen zu beschreiben. Dies sei hier umgesetzt worden.

Herr Lux erkundigt sich nach den beiden Vorschlägen, die als Tischvorlage verteilt wurden und fragt, ob durch diese Vorschläge das Konsolidierungsziel vermindert werde.

Herr Müller erklärt, dass bei Umsetzung beider Vorschläge das Konsolidierungsziel auf 5,13 Mio. reduziert würde, bei Weiterführung der Kapitalrücklage würde es auf 5,29 Mio. EUR reduzieren. Er fügt hinzu, dass zukünftig darauf geachtet werden müsse, ob man in den Stadtwerken die Kapitalrücklage zur Deckung heranziehen müsse, da diese direkte Auswirkungen auf das städtische Jahresergebnis haben.

Frau Westphal richtet ihr ausdrückliches Lob an den Bereich Finanzen für die umfangreiche und qualitativ hochwertige Arbeit. Sie stellt allerdings auch fest, dass in den Fachdiensten unterschiedliche Qualität geliefert worden ist.

Frau Westphal bittet darum, dass alle Antworten auf Fragen und Stellungnahmen der Bürger in den Fachausschüssen vorgestellt werden. Sie wünscht sich außerdem, dass alle Antworten im Vorfeld von der Verwaltungsleitung auf Plausibilität geprüft werden.

Herr Bienert erkundigt sich noch mal nach der Streichung von Vorschlägen und bezieht sich auf Aussagen von Herrn Zieseniß. Herr Lahmann antwortet stellvertretend, dass die Aussage zum Freibad Goltern, wie in der Zeitung geschrieben, so nicht getroffen sei. Ansonsten ist nur ein Vorschlag im Vorfeld zurückgezogen worden, und zwar die Streichung aller Ortsfeuerwehren. Dafür sei aber der Vorschlag „Streichung von fünf Ortsfeuerwehren“ aufgenommen, so dass im Prinzip alles enthalten ist, da die Politik den Umfang der einzelnen Vorschläge reduzieren und auch ausweiten könne.

Frau Dr. Beckmann stellt fest, dass die im Haushaltssicherungskonzept beschriebenen Alternativvorschläge kostentechnisch geringer ausfallen, als die Hauptvorschläge. Herr Lahmann antwortet, dass dies richtig und gewollt gewesen sei.

Herr Dobelmann bittet darum zu überprüfen, ob eine Auslagerung der Lohnbuchhaltung einen Spareffekt mit sich bringen würde. Herr Lahmann antwortet, dass er dies berechnen lassen wird. Er gibt aber zu Bedenken, dass bei derartigen Vorschlägen die Personalfluktuationsbedacht werden müsse, die bei Umsetzung aller bisherigen Vorschläge ausgeschöpft sei.

Frau Dr. Beckmann fragt, ob in den Vorschlägen personelle Umsetzungen und Aufgabenveränderungen inbegriffen seien. Herr Lahmann sagt, dies sei der Fall.

Frau Westphal bittet darum, dass im nächsten Steuerungsausschuss im nichtöffentlichen Teil die Personalentwicklung mit Bezug zum Haushaltssicherungskonzept von Herrn Hoffmann vorgestellt wird. Sie kritisiert, dass sie insbesondere im Bereich der Organisation und des Personals i.S. Haushaltssicherung die Arbeit der Verwaltung für sehr dürrtig halte. Sie vermisse Vorschläge bezüglich Optimierung der Verwaltung, Effektivität und Veränderungen von Hierarchien und Zuständigkeiten.

Herr Dobelmann erkundigt sich, ob die Sportvereine nur durch das Rasenmähen gefördert werden. Er fragt, ob das Mähen pflichtig sei. Herr Lahmann erläutert, dass es einen Großmäher beim NFV gäbe, der per Vertrag zum Mähen der hiesigen Sportplätze genutzt wird. Die Kosten hierfür werden direkt vom Sportbudget einbehalten und gar nicht erst ausgezahlt. Die Sportvereine hätten aber auch die Möglichkeit selbst zu mähen und die übrigen Mittel anderweitig zu erhalten.

Herr Lux sagt, dass bei Vorschlägen zum Standardabbau Vergleichszahlen, Benchmarks hilfreich sind und bittet diese für das Lehr- und Lernmaterial, die Feuerwehren und die Sportförderung nachzuliefern. Herr Lahmann sagt, dass für derartige Benchmarks eine Software angeschafft werden, die niedersachsenweit und auch in der Region Hannover von vielen Kommunen eingesetzt werden wird. Derzeit müssten solche Informationen manuell erhoben werden, was besonders aufwendig ist. Für die drei angesprochenen Bereiche werde er die zuständigen Fachdienste informieren.

Herr Müller weist abschließend darauf hin, dass die Resonanz über das Internet sehr hoch ist. Es sind viele Stellungnahmen eingegangen, die derzeit von der Verwaltung aufbereitet werden. Er sagt, dass versucht werde, dies bis zur interfraktionellen Arbeitsgruppe zu erledigen.

gen. Er gibt außerdem bekannt, dass für die Verbandsanhörung noch nicht sehr viele Rückmeldungen eingegangen seien.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

Das Haushaltskonzept für die Haushaltsjahre 2012 bis 2016 wird zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

5. Gleichstellungsplan gem. § 15 NGG Sachstandsbericht der Verwaltung

Frau Zeuschner-Barchmann sagt, dass der Bericht in Verzug ist, da die zuständige Sachbearbeiterin langfristig erkrankt sei. Die benötigten statistischen Daten werden derzeit im Zentralen Dienst ermittelt und sollen bis Ende Januar vorliegen, so dass anschließend Vorschläge erarbeitet werden können.

Frau Westphal fragt, ob der Verwaltungsleitung der Inhalt des TOP geläufig sei und bittet um Stellungnahme. Herr Lahmann verweist auf Herrn Hoffmann, der für diesen Bereich zuständig ist und entschuldigt sich für dessen Nichtteilnahme. Frau Westphal weist auf die Tagesordnung hin und ist über das Verhalten der Verwaltung erbost.

Frau Dr. Beckmann hält fest, dass es ein Affront sei, dass Herr Hoffmann trotz Kenntnis der Tagesordnung nicht anwesend ist.

Frau Westphal bittet darum, den TOP in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

6. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Müller weist darauf hin, dass der Entwurf des Haushaltes 2012 jetzt im Internet zur Verfügung steht.

7. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Bienert fragt, ob die Auswirkungen einer Einkommensteuernachzahlung auf Barsinghausen bekannt wären. Herr Müller antwortet, dass die Nachzahlungshöhe erst für das Land Niedersachsen bekannt sei, Auswirkungen auf Barsinghausen erst Ende des Monats. Mögliche Änderungen würden allerdings über die Veränderungsliste in den Haushalt 2012 eingearbeitet werden.

Protokollnotiz: Die ursprüngliche Mitteilung des Landesbetriebs für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN), nach der die Kommunen bei der Endabrechnung der Einkommensteueranteile 2011 eine Nachzahlung zu erwarten hätten, ist falsch; vielmehr wird eine Überzahlung zu erstatten sein.

Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 19:45 Uhr geschlossen.

Marc-Oliver-Steuernagel
Ausschussvorsitz

Marc Lahmann
Erster Stadtrat

Stefan Zeidler
Protokollführung